

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Fringerlösen mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Westmeierplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Westmeierplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftsjahr von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 34

Dresden, Mittwoch den 10. Februar 1926

37. Jahrg.

Die Frage des Faschismus

Wenn die Nationalisten einen Führer brauchen, müssen sie immer erst warten, bis ein Sozialdemokrat verrückt geworden ist. (Große Heiterkeit.)
(Aus Genossen Stamplers geführter Reichstagsrede.)

Zur bayerischen Landtag wandte sich vor einiger Zeit der bayerische Ministerpräsident Held gegen die Bedrückungen, die der Faschismus über die nach dem Friedensschluß an Italien abgetretene Bevölkerung Südtirols verhängt hat. Das war eine Eigenmächtigkeit des bayerischen Verantwortlichen, denn wohin sollte es kommen, wenn in Deutschland derselben Rechtsprelle, die sich sonst so gern über Eigenmächtigkeiten sozialistischer Minister aufregt, vernahm man gegen Herrn Held selbstverständlich kein Wort des Protestes. Die Konsequenzen seiner bayerischen Eigenart fielen erst auf, als Mussolini antwortete. Seine Rede war die Fanfaronade eines großmännlichen Diktators, der in vielen an den Scharlatan Wilhelm II. erinnert: „Wer mir in den Weg tritt, den zerschmettere ich.“ Wilhelm II. Herrlichkeit erlittet jetzt in ziemlich zerschmettertem Zustande in Doorn, während Mussolini wahrscheinlich eines Tages in einer Heilanstalt landen wird. Denn sein paralytischer Zustand fällt allmählich auch den Staatsmänner Europas auf.

Der deutsche Außenminister Stresemann, der gestern im Reichstag auf Mussolinis Provokationen zu antworten hatte, sprach darum mit Recht von gewissenheitslosigkeiten. Er und die bürgerlichen Parteien wären bei der Abwehr der faschistischen Drohungen in viel besserer Situation, wenn manches andre mit ihren Worten übereinstimmte. Die Art, wie sich der italienische Faschismus die Italiensierung fremder Minderheiten denkt, entspricht ungefähr der Politik, mit der im wilhelminischen Deutschland die Polen und die Elb-Wehringereguliert wurden. Von dieser Ebene konnte auch Stresemann nicht los, und das war die Schwache Seite seines Protestes. Da war der Sozialdemokrat Stamper in einer besseren Lage. Er konnte in einer weisen, ausgezeichneten Rede darauf verweisen, daß die Sozialdemokratie die Unterdrückung fremder Minderheiten immer auch bekämpft hat, wenn sie im eigenen Lande geschah. Und sein Wort, monach ein verrückt gewordener So-

zialdemokrat für die Nationalisten noch immer einen Führer ergab, paßte wie der Handschuh zur Hand.

In der bürgerlichen Presse gibt's im Moment kaum einen schwarzeren Mann als Mussolini, und gerade die reaktionäre Presse nimmt den Mund gegen ihn am vollsten. Dieselbe Presse, die ihn als den größten Führer verherrlichte, als er mit seinen Schwärzenden den Marsch auf Rom antrat und sich mit den Geldern des italienischen Großkapitals zum Diktator Italiens aufschwang. Damals und bis in die neueste Zeit hinein war der großmännliche Duce für das kapitalistische, reaktionäre Deutschland der in seinen Knüttelmethode vorbildliche, große Mann. Dabei war für politisch einigermaßen urteilsreife Leute schon damals zu sehen, wohin der italienische Faschismus rufen mußte. Mit nationalitätlichen Tiraden gelangte Mussolini zur Macht, durch den nationalitätlichen Machtgruß wurde das italienische Volk belogen gemacht — wer kann sich da wundern, daß so etwas zur Bedrohung Europas werden muß? Italiens Demokratie wurde von der faschistischen Diktatur zerschlagen, die Oppositionsparteien wurden verboten, Mussolini veränderte das Parlament in ein faschistisches Kränzchen, das italienische Volk hat nichts mehr zu sagen — und heute steht Italien infolge dessen am Rande neuer Abgründe und vor neuen Kriegen! Das alles sind einfache, klare Zusammenhänge, und das alles war voraussehbar, als der Faschismus in Italien seine Brandfackel erhob. Damals hätte ein Protest ganz Europas einsehen müssen; die Protestreden der bürgerlichen Parteien im Reichstag, die Abwehr des Mussolinischen Größenwahns in der bürgerlichen Presse kommen heute zu spät.

Die Vergewaltigung der Südtiroler ist nur ein Ausschnitt der allgemeinen Politik des Faschismus; so behandelt er sozialistisch und demokratisch empfindende Bevölkerungszüge Italiens, so möchte er Dalmatien, Albanien, Tunis, Riga usw. regalisieren. Die Sozialisten bekämpften Mussolini darum nicht nur wegen irgendwelcher Gefährlichkeiten, die er Deutschland, Österreich oder einer kleineren Minderheit antrat, sondern wir bekämpften seine Diktatur als eine Schändung der Freiheit und eine Bedrohung der europäischen Menschheit. Das unterscheidet unseren Kampf von dem der kapitalistischen Parteien.

Kostgänger der Republik

Die bevorstehende Verabschiedung des Reichshaushalts macht eine Unteruchung des größten Ausgabenpostens, nämlich der „Ruhegehälter und Versorgungsgebühren“, zur dringenden Notwendigkeit. Von 4100 Millionen der Ausgaben für den reinen Staatshaushalt verhängt die Pensionslast des Reiches allein 1557 Millionen, mithin 38 Prozent der Verwaltungsausgaben in engerem Sinne. Der Pensionsfonds teilt sich in 90 Millionen Zivilversorgung und 1467 Millionen Militärversorgung. Von diesen 1467 Millionen Mark entfallen auf die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen 1141 Millionen. An ihnen zu rütteln, würde eine große Undankbarkeit gegenüber den notleidenden Witwen und Waisen der im Felde Gefallenen und der Schwerverletzten bedeuten. Dagegen verdient der Betrag von 326 Millionen Mark für Versorgungsgebühren von 31763 Offizieren der ehemaligen Wehrmacht näher untersucht zu werden.

Es beanspruchen ganze sechs kaiserliche Kriegsmilitäre, 1707 Generale der alten Armee ihren Unterhalt von der Republik!

Wenn man bedenkt, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz des ehemaligen Offizierskorps den militärischen Beruf lediglich als Nebenberuf betrachtete und sich nach Erreichung der Wehrmacht auf die väterlichen Güter oder Fabriken wandte, so muß die freigelegte Auslastung einer derartigen Summe ohne Rücksicht auf die „Nebeneinnahmen“ der Pensionsempfänger in der gegenwärtigen Zeit literarischer und sonstiger Vorträge, das in erster Linie die beabsichtigten Elemente des ehemaligen Offizierskorps zu erfassen hat, ist also das Gebot der Stunde!

Die schwerlich ein Teil der ehemaligen Offiziere von heute noch reichlich bemessenen Ruhegehältern zu trennen vermögen, beweist die Verhandlung vor dem Reichsverordnetenamtgericht vom vergangenen Freitag, die der Rechtsprelle Anlaß zu mehrfachen Angriffen gegen den Reichswehrminister und die „republikanische Kabinettsjustiz“ gaben hat. Dieses Reichswehrverordnungsamt hat es gewagt, die Entscheidung eines seiner Senate aufzugeben, der vor 17 Jahren die Militärpensionslast um nahezu ein Drittel herabsetzte, und zwar dadurch, daß er die „Dienststelle“ und nicht den Rang des Bataillons- oder Regimentsführers als Maßstab für die Einstufung des Ruhegehaltsempfängers bestimmte. Jeder Major, der im Kriege ein Regiment befehligte, bekam demnach Oberstenpension, jeder Oberst, der eine Division geführt hatte, eine Generals-

pension. Der Vertreter der Offiziersbünde machte das Reichsverordnungsamt darauf aufmerksam, daß die Annulierung dieser Bestimmung „nur“ etwa 2 Millionen im Jahre ausmachte. Als der Vertreter des Fiskus, ein Oberregierungsrat, erklärte, daß diese Majorate für ihre Längzeit schon durch erhöhte Gehälter im Kriege entschädigt worden seien und im übrigen als Regimentskommandeure nicht so den Gefahren ausgesetzt gewesen wären wie vorne in der Front, erregte dieses höchst vernünftige Argument „große Entrüstung“ auf „den Tribünen“. Trotz dieser Entrüstung und trotz einer wütenden Attacke der Rechtsprelle gegen den Reichswehrminister und die Pensionen der „nachrevolutionären Würdenträger“ beschloß der Große Senat des Reichsverordnungsamtes im Sinne der Sparmaßnahme des Ministers.

Es ist jedoch nicht allein die ehemalige Wehrmacht, die die Pensionslast des Reiches außerordentlich erhöht, sondern auch die junge republikanische Armee, die Reichswehr, hat sich alle Mühe gegeben, den Pensionsfonds mit 233 Millionen Mark und mit 102 pensionierten Generalen zu belasten! Es ist schwer zu verstehen, wie in den sieben Jahren des Bestehens der jungen Wehrmacht allein 102 Generale „verbraucht“ werden konnten!

Auch im Reichswehrministerium ist von der Sparlosigkeit, von der gelegentlich der Reichswehrminister spricht, absolut nichts zu hören. Gegenüber den 21 Ministerialräten im Wirtschaftsministerium, den 25 im Arbeitsministerium, den 14 im Ernährungsministerium und den 16 im gesamten preussischen Innenministerium verfügt das Reichswehrministerium über nicht weniger als 39 Ministerialräte, denen weitere 26 in der Marineleitung zuzuzählen sind. Zwölf militärische Abteilungsleiter und 9 Chefs der Stäbe in der Seeresleitung bilden eine ähnliche Stellung innehaben. Fünfen sind nicht weniger als 378 beamtete Hilfskräfte in der Seeresleitung und 180 Offiziere als Referenten und Hilfsreferenten unterstellt. Während das preussische Innenministerium mit seinen 150 000 Polizeibeamten lediglich 16 Ministerialräte, und zwar für den gesamten Verwaltungsbereich des Innenministeriums in Anspruch nimmt, benötigt also das Reichswehrministerium nicht weniger als 86 höhere Beamte in der Stellung eines Ministerialrats! Die alte und die neue Wehrmacht, die für die bürgerlichen Parteien seit Jahren ein etatsrechtliches Bündnis „Fürsichtswort“ gewesen ist, bieten also zweifellos die fruchtbarste Gelegenheit zu Sparmaßnahmen der Republik!

Kleine Entente, Ungarn und Rußland

Von Hermann Wendel

Die am 10. Februar zukunftsretende Konferenz der Kleinen Entente steht die Aufmerksamkeit der politischen Welt nicht nur deshalb auf sich, weil sie erst für Mitte Januar in Ragusa anberaunt, dann auf den 20. Februar verlegt und jetzt noch etwas Gekochtes über Stoff nach Temeswar einberufen wurde, sondern mehr noch, weil sich seit dem letzten Besammentreffen der außenpolitischen Vertreter der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumaniens wichtige europäische Ereignisse abgebrochen haben, die auch den Südoften des Erdteils nicht unberührt lassen.

Wenn in der rechtsstehenden deutschen Presse die Kleine Entente stets als willensloses Anhängsel des großen westlichen „Reinbundes“ angesehen wird, ist das schäme Kurzsichtigkeit. Zwar entstand das Bündnis zwischen Prag, Belgrad und Bukarest, um die durch die Friedensverträge von Trianon und Neuilly gezogenen Grenzen zu wahren, und aus dem gleichen Grunde schloß sich Polen durch den Pakt mit Rumänien als isolierter Partner an. Aber die eigentliche Wurzel der Kleinen Entente ist das Mißtrauen der Staaten, die sich auf dem Gebiet der versetzten Donaumonarchie bildeten oder von ihm zum Nachteil erlebten, in die Macht und auch den Willen der „großen Alliierten“, den neuen Stand der Dinge im Osten auf jeden Fall und mit allen Mitteln zu ändern. Da das Grundprinzip der tschechoslowakisch-südslawisch-rumänischen Allianz heißt: „Nisi dir laetit, si heleni dir anderet“, offenbart sich in diesem, wenn man Polen hinzurechnet, Block von über siebenzig Millionen Menschen auch der noch dem Weltkrieg unverständlich gewordenen Drang der schwächeren Völker, nicht etwa Speisepöbel der Großmächte zu sein.

Durch ihr ursprüngliches Ziel, Sicherung der Schwanzverträge von Versailles, ist die Kleine Entente infolgedessen entwicklungsfeindlich, als sie sich dem Anstich Oesterreichs an Deutschland widersetzt, aber dem Frieden und Fortschritt dient sie, wenn sie durch ihr bloßes Dasein die Revanchegedülste Ungarns dämpft. Daß über eine Million Mahjaren in Rumänien, 600 000 in der Tschechoslowakei und 470 000 in Südslawien den Nachstoß für eine Verdrängung abgeben, trieb die sich bedroht fühlenden Regierungen Prag, Belgrads und Bukarests um so eher zueinander, als in Budapest noch wie vor die alte hochfahrende Herrenrasse am Ruder ist, die durch Vergewaltigung der nicht magyarischen Völker so viel Schuld am Ausbruch des Weltkriegs trägt. Die Beneßi, Palatich und Duce wissen ganz genau, daß wenn sich die „Heilige Stefanfrone“ auf eine irdische Stirn beroben, der Friede im Südoften bedroht ist, denn ein Gottesgnadenkönig von Ungarn findet nur in der Rückeroberung alles dessen, was 1918 über Bord ging, seine nationale Rechtfertigung. Bei jeder Gefahr einer monarchischen Restauration drückt die Kleine Entente darum auf den Knopf wie bei dem Einbruch Karls des Zehnten, dem sofort automatisch die Mobilisierung von zwölf tschechoslowakischen und acht südslawischen Divisionen folgte. Da das Drum und Dran der Frankfällung enthält hat, daß Budapest immer noch ein gärendes Nest voller Mäuse, Putzgeschäfte und Revanchetrieb ist, wird diese Feststellung, die unter den Beratungskonferenzen von Temeswar vorantritt, eine neue Kammer um die Kleine Entente legen.

Wer im Zusammenhang mit Locarno lauscht auch das russische Problem am Horizont der Temeswarer Konferenz auf. Die anfängliche irrige Meinung, als sei die Kleine Entente eine Kriegsmaschine der kapitalistischen Weltmächte gegen das bolschewistische Rußland, hat die Zeit gründlich berichtigt. Zwar steht Rumänien wegen Bessarabien in hartem Gegensatz zur Moskauer Politik, aber gerade weil es sich in dieser Hinsicht von den Bundesgenossen nicht geduldet weiß, nähert es sich Polen, das ebenfalls aus territorialen Gründen mit den Sowjets nicht freundschaftlich verbunden ist. Tschechen und Südslawen nämlich haben keinerlei Streitpunkte mit den Russen, denken nicht daran, sich wegen der Rumänen die Finger zu verbrennen und sind von früher her, da die kleinen slawischen Völkchen vertrauensvoll auf „den großen Bruder mit dem Braunbuck“ schauten, sogar dem Russentum an sich wohlgenigt. Merdinas erhoffte Frau eine andere Zukunft Rußlands als Belgrad; jenes hätte die Umwandlung des Sowjetstaates in eine demokratische Republik, dieses die Wiederherstellung des Parentums lieber gesehen. Zur Räteregierung verhielt sich denn Palatich lediglich „strikt neutral“; er beherbergte Brangel und seine weißen Truppen nach ihrer Niederlage und duldete durch Nobor und Tag den diplomatischen Vertreter des Jaren in Belgrad, während sich Beneßi immer mehr mit dem Gedanken der Anerkennung der Sowjets befreundete; daß die tschechische Industrie in Rußland einen Teil des Absatzes zu gewinnen hat, den sie vormals in Oesterreich-Ungarn befehlen hatte, sprach mit. Obwohl formell jeder der drei Partner der Kleinen Entente bereit war, sich zu Rußland zu stellen, wie ihm behagte, blickte Rumänien mit äußerstem Mißtrauen auf jeden Schritt seiner Verbündeten, der sie Moskau näher brachte. Aber nachdem Frankreich vorausgegangen ist, läßt sich die Tschechoslowakei nicht mehr halten, und nicht minder ist Südslawien zur Aufnahme der Beziehungen mit Rußland bereit. Auch darüber wird man in Temeswar reden und es mag den Schmerz Rumaniens, dessen Vertrag mit Polen Antona März abläuft, nicht zu mindern, daß unlängst Tschißkewer auf der Durchreise nach Westen in Warschau geradezu herzlich aufgenommen wurde.

Die Pläne der sich nie mit Kleinigkeiten abgebenden russischen Politik freilich greifen weiter. Dem ersten